



## Stellungnahme von Parents For Future Österreich zum Entwurf des NEKP (2021-2030)

Der NEKP soll als Plan die Erreichung der auf EU Ebene übernommenen Verpflichtungen sicherstellen.

Wichtige Punkte für uns sind die "Just Transition" in Bezug auf Generationengerechtigkeit, das allgemeine Verständnis der Notwendigkeit eines erfolgssichernden NEKPs aufgrund der klimawissenschaftlichen Erkenntnisse und ein Leistungsanreizsystem gekoppelt an die laufende Erreichung der Jahresziele.

Weiters unterstützen wir als Parents For Future Österreich die Stellungnahmen des CCCA und von Fridays For Future vollinhaltlich.

[NEKP-Stellungnahme Wissenschaft 20230829.pdf \(ccca.ac.at\)](#)

[Fridays For Future Stellungnahme NEKP](#)

Grundlegend wollen wir mit unserer Stellungnahme unsere Besorgnis über die Minderleistung der aktuellen österreichischen Bundesregierung in der Tradition aller Regierungen seit der Ratifizierung der UNFCCC 1994 betonen.

Es gilt jetzt Leistung zu bringen und erfolgreich zu sein!

Die aktuelle Koalition hat in Ihrem eigenen Regierungsprogramm "Die Bekämpfung des Klimawandels und die Einhaltung der Klimaziele von Paris" als 2. Punkt hinter "1. Eine spürbare Entlastung für arbeitenden Menschen" gestellt, aber noch vor "3. Einen nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort".

Das ist schlüssig. Sich verstärkende und häufigere Extremwetterereignisse, die Straßen und andere Infrastruktur zerstören, ganze Täler von der Außenwelt abschneiden, Überschwemmungen, die den vollen Einsatz aller Kräfte der freiwilligen Feuerwehren bedürfen, belasten natürlich die Produktivität des österreichischen Wirtschaftsstandortes.

Auch die im Vergleich zu den letzten Jahrzehnten signifikant abnehmende Klimastabilität in der Landwirtschaft, bedeutet immer größer werdende Herausforderungen für unsere Bauern. Und Hitzewellen, die sogar in Büros auf die Produktivität drücken, aber in Jobs, die im Freien ausgeführt werden müssen, sogar direkte gesundheitliche Gefahren mit sich bringen.

Ein fortschreitender gefährlicher anthropogener Klimawandel bringt damit zusätzliche Belastungen für arbeitende Menschen und gefährdet auch die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts, wenn sich die katastrophalen Folgen der Extremwetterereignisse weiter häufen. Österreich ist aufgrund seiner geographischen Lage hier nicht auf der sicheren Seite, auch da es global Klimaneutralität braucht, um das Risikolevel dann hoffentlich relativ kurz nach dem Erreichen derselben nicht mehr zu erhöhen.

Die einzig logische Vorgehensweise, um ein Kooperationsvorhaben zu ermöglichen, ist, sich kooperativ zu verhalten.

Diejenigen, die sich vor einer Untergangsapokalypse der Wirtschaft und des guten Lebens in Österreich fürchten, sollten auch durch den NEKP erfolgreich vermittelt bekommen, dass Österreich einen massiven Vorteil bei der Unterschreitung/ Einhaltung von "well below 2°C" hat, im Gegensatz zu einer Überschreitung des in Art. 2 des Pariser Klimavertrags definierten Limits.

Runtergebrochen in die konkrete Form der beschlossenen Effort Sharing Regulation Ziele innerhalb



der EU, ist die gesicherte Erreichung der Emissionsreduktion im Ausmaß von 48% gegenüber 2005 der notwendige nächste, erfolgreich zu absolvierende Schritt.

Im aktuellen NEKP ist dieses Ambitionsniveau noch nicht erkenntlich und wahrscheinlich auch noch nicht überzeugend genug präsentiert.

In der aktuellen IHS-Studie (<https://irihs.ihs.ac.at/id/eprint/6648/>) wurden 31% der Befragten als klimaskeptisch identifiziert. Dadurch wird klar, dass es wahrscheinlich einem signifikanten Teil der Bevölkerung am Verständnis der Notwendigkeit und Machbarkeit fehlt.

Wir fordern daher im Rahmen des NEKP eine definierte Begleitmaßnahme gemäß Artikel 6, UNFCCC, [conveng.pdf \(unfccc.int\)](https://unfccc.int/conveng.pdf) die raschest Education, Training und Public Awareness sicherstellt.

Um die Vorbildfunktion des im Rahmen unserer Demokratie gestaltenden Teils der Bevölkerung zu sichern, fordern wir Zertifizierungsmaßnahmen für alle Mandatäre auf allen Ebenen, alle Regierungsmitglieder, die gesamte Verwaltung und alle Sozialpartner. Dabei sollten die Grundlagen des Strahlungsantriebs (radiative forcing) und die wichtigen Einflussfaktoren, die planetaren Grenzen und Tipping Points, CO2 Budgets mit Wahrscheinlichkeiten und Unsicherheiten, CO2 Senken und deren Erhaltung und Regeneration, Energieeinheiten und deren Umrechnungen, und weitere Inhalte abgeprüft werden, die notwendig sind um zumindest IPCC, APCC, IEA, UNEP, IRENA, OPEC, ICAO und alle Green Deal und DG Climate bezogenen Reports in ihren Analysen, Planungen und Auswirkungen auch verstehen zu können.

Wir schlagen vor spätestens Ende Q1 2024 mit den Zertifizierungsprüfungen zu beginnen. Die Zertifizierungsprüfungen sollen gesetzlich vorgeschrieben werden. Wir und vor allem unsere Kinder und Enkel können es sich nicht leisten, dass Verantwortungstragende in unserer Republik zu wenig relevantes Wissen haben könnten.

In weiterer Folge soll die Zertifizierungsprüfung für die Gesamtbevölkerung auf freiwilliger Basis zugänglich gemacht werden, und als Verbesserung der Employability dienen.

Da am 25.9.2019 der Entschließungsantrag "Climate Emergency" mit 72% der Stimmen im österreichischen Nationalrat beschlossen wurde sollten aufgrund dieser demokratisch erfolgten Willensbildung die Punkte des Entschließungsantrag ([https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVI/E/140/fnameorig\\_768426.html](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVI/E/140/fnameorig_768426.html)) in den NEKP stimmig einfließen und damit teilweise die Versäumnisse der Regierung Bierlein behoben werden.

Da der heutige Bundeskanzler, aber zB auch die Jugendstaatssekretärin damals als Abgeordnete im Nationalrat für die Entschließung gestimmt haben, sollte das nach menschlichem Ermessen ja breite Zustimmung in der gesamten Regierung finden können.

Besonders auch unter dem Gesichtspunkt des Anspruchs auf Generationengerechtigkeit, der aufgrund der österreichischen Verfassung im Artikel 1 B-VG Kinderrechte [RIS - Rechte von Kindern - Bundesrecht konsolidiert, Fassung vom 30.08.2023 \(bka.gv.at\)](https://www.ris.bka.gv.at/Bundesrecht_konsolidiert_Fassung_vom_30.08.2023_bka.gv.at) gegeben ist.

“

#### Artikel 1

Jedes Kind hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge, die für sein Wohlergehen notwendig sind, auf bestmögliche Entwicklung und Entfaltung **sowie auf die Wahrung seiner Interessen auch unter dem Gesichtspunkt der Generationengerechtigkeit.** Bei allen Kindern betreffenden Maßnahmen öffentlicher und privater Einrichtungen muss **das Wohl des Kindes eine vorrangige Erwägung sein.**“



Dieser NEKP gilt bis 2030. Es besteht kein Zweifel, dass eine Halbierung der Gesamtemissionen in der verbleibenden Zeit bis 2030, die Chance unserer Kinder und teilweise noch ungeborenen Enkel, auf eine noch vertretbare Chance für die Erreichung von Generationengerechtigkeit ist. Schließlich ist die UNFCCC seit 1994 ratifiziert und bis dato wurde die damals schon klar erkannte Gefahr nicht gebannt.

Unsere Kinder haben das Recht, dass ihre Umweltbedingungen und Lebensgrundlagen nicht massiv durch politische Handlungen und Unterlassungen verschlechtert oder sogar teilweise unwiederbringlich zerstört werden.

Ihre Interessen und ihr Wohlergehen sind besonders dahingehend zu wahren, da sie durch das B-VG geschützt werden, und der größte Teil bis 2030 nicht ins Wahlalter kommen wird. Jedwagiges Abwägen oder Überlegungen zur politischen Stimmung und Unwilligkeiten bzgl notwendigerweise zu definierenden Maßnahmen im NEKP auf Seite der bereits Wahlberechtigten, die zu einer Verfehlung unseres ESR-Ziels führen könnte, darf nicht zu einer Verschlechterung des NEKP im Sinne der Generationengerechtigkeit führen, da Kinder hier durch unsere Verfassung ausdrücklich geschützt werden müssen.

Der seit 28.8.2023 öffentlich verfügbare General Comment No26 zur Kinderrechtskonvention ist hier ebenfalls sehr klar, siehe [UN Committee on the Rights of the Child calls on states to take action in first guidance on children's rights and the environment, with a focus on climate change \(unicef.org\)](https://www.unicef.org/first-guidance-on-childrens-rights-and-the-environment) und der GC26 selbst: <https://www.ohchr.org/en/documents/general-comments-and-recommendations/general-comment-no-26-childrens-rights-and>

Wir fordern daher, dass der NEKP die österreichische Verfassung und die Menschenrechte unserer österreichischen Kinder und Jugendlichen würdigt und achtet, und als Plan mit allen nötigen Maßnahmen die Übererfüllung der ESR-Ziele, also das Erreichen einer mindestens 48% Emissionsreduktion durch intelligente Automatismen in der Planung sicherstellt, um hier die Geringschätzung des Art. 1 B-VG Kinderrechte in allen Überlegungen des Staates und öffentlicher Einrichtungen nicht weiter zu ermöglichen.

Im NEKP soll auch ein klares Commitment zum Art. 1 B-VG und zum General Comment No26 formuliert sein.

Wir können als Österreich alleine den weiteren Anstieg der Treibhausgase in der Atmosphäre nicht stoppen. Wir können aber durch ein positives Beispiel, Leistungsbereitschaft für die Erreichung der Reduktionsziele, Zuversicht in unsere Innovationskraft, Klarheit über die Steuerungsmechanismen, die die Zielerreichung absichern, viel zum Gelingen auf europäischer Ebene beitragen. Vorrangig und als Grundlage dabei jedenfalls durch die Reduktion von mindestens 48% der Non-ETS Emissionen bis 2030 gegenüber 2005.

Dazu braucht es Leistungswille, Leistungsbereitschaft, Selbstvertrauen in die eigenen Fähigkeiten und das gemeinsame Ziel, das über den individuellen Lebenshorizont hinausgeht.

Nachdem wir die nationale und globale Situation seit dem 1.3.2019 gemeinsam als Parents For Future betrachten, ist uns bewusst, dass wir uns bereits in einer Triage Situation befinden. Es geht hauptsächlich um Profite und Bequemlichkeiten der Bevölkerung, die jetzt schon im Wahlalter ist, versus Lebensbedingungen in der Zukunft für die erst in diesem Jahrtausend geborenen.



Um die Transition gerecht zu gestalten, gilt es einerseits, akute Problemfelder abzufedern, aber auch die Zukunft gerecht zu gestalten.

Das Nicht-Erreichen der Minimalziele in der Schule führt dazu, dass es Konsequenzen gibt. Zusätzliche Prüfungen oder sogar ein Sitzenbleiben und ein zusätzliches Jahr in der Schule, sind die Folge.

Wenn die Verantwortungstragenden in unserer Republik das Minimalziel "well below 2°C" nicht erfolgreich absichern, gibt es keine direkten Konsequenzen und anscheinend schon seit 1994 zu wenig Motivation.

Um dem entgegenzuwirken, fordern wir eine Maßnahme, die den Reduktionspfad des NEKP im Sinne eines Leistungsanreizes für das Ganze führen soll.

Wir stellen uns eine spezielle Abgabe auf alle Einkommen vor. Sollte Österreich das Jahresreduktionsziel laut NEKP/ESR nicht erreichen, wird eine Adaptionvorsorge-Abgabe eingehoben. Diese soll so gestaltet werden, dass alle österreichischen Einkommens-Empfänger\*innen einen kleinen symbolischen Teil beitragen müssen. Für Mandatäre im Bund und in den Ländern, für Regierungsmitglieder in Bund und Ländern, und für die Sozialpartner sollte es ein deutlich spürbarer Anteil am Jahreseinkommen sein. Die Höhe sollte so ausgestaltet sein, dass die Abgabe ausreichend motivierend für den Gesamterfolg ist.

Sollten Einnahmen aus dieser Abgabe entstehen, was eigentlich nicht passieren soll, so sind diese einem Loss & Damage Fond für zukünftige Generationen zuzuführen, der ab 2040 für Adaptionmaßnahmen verwendet werden soll.

Wir müssen das Alle gemeinsam schaffen, aber es gibt eben doch Menschen, die in unserem Land dafür entlohnt werden, dass Staatsverträge, EU-Vorgaben und unsere Verfassung erfolgreich gewürdigt werden. Das sollte einen signifikanten Unterschied machen.

Für die Zuweisung der Mittelaufbringung, die durch ein Verfehlen des ESR-Ziels und durch den Kauf von Emissionsrechten anderer Länder oder Strafzahlungen notwendig werden, ist ebenfalls eine Regelung zu finden, die die Verantwortlichen stärker, aber alle zumindest ein wenig trifft. Es kann aber nicht sein, dass Leistungsschwäche der Machtstrukturen der Republik auf zukünftige Steuerzahler\*innen abgewälzt werden können.

Eine Webpage soll diese finanziellen Risiken bis 2030 für den Staat gesamt und für die jeweiligen Bezugsgruppen aufgeschlüsselt zeigen und zumindest vierteljährlich aktualisiert werden. Damit jede/r sehen kann, welche Abgabenhöhe droht, wenn Österreich das Jahresziel verfehlt.

Sollte Österreich übererfüllen und durch den Verkauf von Emissionsrechten an andere Länder Geld einnehmen, so soll dieses als Bonus im selben Schlüssel an die Bezugsgruppen ausgeschüttet werden.

Damit würde unserer Meinung nach auch die Präambel im Regierungsprogramm gewürdigt, die feststellt:

**Wir sind gleichzeitig die erste Generation, die die Folgen der Klimakrise spürt, und gleichzeitig die letzte Generation, die noch gegensteuern kann.**



Nehmen wir uns alle endlich selbst ernst, schaffen Strukturen die zu “Skin-in-the-Game” führen und werden wir erfolgreich in der Umsetzung und erzeugen nicht nur Text auf Papier.

Wir wünschen dem BMK bei der Fertigstellung des NEKP den Erfolg, den unsere Kinder verdienen und der die Wahrung ihrer Rechte in den verfassungskonformen Vordergrund rückt.